

MEINUNGS - UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Zeile 1 Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen wendet sich gegen die von der
2 Bundesregierung geplanten Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungs-
3 freiheit. Die vorgesehenen Änderungen von Strafrecht und Versammlungsgesetz
4 sind nach Auffassung des LHG nicht geeignet, politisch motivierter Gewalt-
5 tätigkeit entgegenzuwirken; vielmehr ist von ihnen Schaden für die politische
6 Kultur in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten, zumal durch den §§ 111
7 und 130a STGB jetzt schon bedenklich weit die öffentliche Aufforderung zu
8 Straftaten bzw die Anleitung zu Straftaten unter Strafe gestellt wird.

9

10 Insbesondere lehnt der LHG die Wiedereinführung einer Strafvorschrift über
11 die Befürwortung von Straftaten als unvertretbaren Eingriff in die Meinungs -
12 freiheit, insbesondere in die Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, ab.
13 Ein Bedarf für diese Entliberalisierung des Strafrechts, die einen Großteil
14 selbst anerkannter Werke der Weltliteratur zur Kriminalisierung freigeben
15 würde, ist nicht zu erkennen.

16 Ebenso hält der LHG ein strafbewehrtes Verbot der Vermummung und passiven
17 Bewaffnung sowie ein bußgeldbewehrtes Verbot des Mitführens von Vermummungs -
18 gegenständen bei öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel nicht für
19 geeignet, die Friedlichkeit von Demonstranten zu gewährleisten.